



Mitgliederzeitung der SP Schweiz
140 • CH Oktober 2013 AZB 3001 Bern



Ja 1:12-Initiative
Nein SVP-Familieninitiative
Stimmfreigabe Vignette

Lisa Schädel



Endspurt für mehr Gerechtigkeit

Setzen wir in drei Wochen ein starkes Zeichen für mehr Gerechtigkeit. 1:12 sorgt dafür, dass die Lohnexzesse eingedämmt und die gemeinsam erwirtschafteten Gewinne gerechter verteilt werden. Die «Familieninitiative» der SVP hingegen widerspricht dem Interesse der Mehrheit der Familien.

Seiten 2 bis 4

AKTUELL



Die Volksschule soll schweizweit harmonisiert werden, dafür braucht es den **Lehrplan 21**. Dieser nimmt viele Forderungen der SP auf.

Seite 5

BASIS



Vor einem Jahr wurde die «**SP MigrantInnen**» gegründet. Diese soll die Anliegen von MigrantInnen innerhalb der SP und gegen aussen vertreten.

Seite 13

GESPRÄCH



Nach über 30 Jahren hat sich **Hans-Jürg Fehr**, ehemaliger Parteipräsident, aus der aktiven Politik verabschiedet.

Seiten 14 und 15

Faire Löhne für alle dank der

4 Gründe für ein Ja

1 1:12 stoppt Abzocker: Die Löhne der TopverdienerInnen sind in den vergangenen 30 Jahren so stark gestiegen wie nie zuvor. Die exorbitanten Gehälter der Spitzenmanager werden gerne mit der grossen Verantwortung gerechtfertigt, die diese angeblich tragen. Das Beispiel UBS zeigt, wie es um diese Verantwortlichkeit steht: Trotz eines Verlusts von 2,5 Milliarden schüttete die Bank 2012 den gleichen Betrag als Boni aus. Und bei der gleichen Bank schoben die Verantwortlichen in der Krise die Verantwortung an den Staat ab, der die UBS retten musste. Dieser schamlosen Selbstbedienungsmentalität setzt die 1:12-Initiative endlich ein Ende.

2 1:12 schafft gerechte Löhne für alle: Die Initiative legt keine Lohnobergrenze fest, sondern eine Lohnbandbreite, also das Verhältnis zwischen tiefstem und höchstem Lohn in einem Unternehmen. Wenn die Topmanager weiterhin hohe Saläre wollen, müs-

sen sie die tiefen Löhne entsprechend anheben. Die Gesamtlohnsumme eines Unternehmens wird so gerechter verteilt.

3 1:12 nützt der Wirtschaft: Die Exzesse der letzten Jahre haben dem «Erfolgsmodell Schweiz» geschadet. Den Reichtum erarbeiten wir in diesem Land alle gemeinsam. Darum sollen auch alle vom Fortschritt profitieren. Unsere Wirtschaft produziert heute über 20 Prozent mehr als noch vor 10 Jahren – den Löwenanteil hat aber nur das reichste Prozent kassiert. Während die unteren Einkommen und damit die Massenkaukraft real sinken oder stagnieren, investieren die Top-Verdiener ihre Gewinne in aufgeblähte Finanzmärkte, dubiose spekulative Finanzprodukte und Spekulationsblasen, statt in die Schweizer Wirtschaft. Die Argumentation der Gegenseite, dass Topmanager nicht mehr in die Schweiz kommen würden, kann widerlegt werden. Nach dieser Logik würde nämlich bereits heute kein Topmanager

mehr in einem anderen europäischen Land arbeiten, da dort die Managerlöhne durchs Band tiefer sind als in der Schweiz.

4 1:12 lässt das Volk entscheiden: Heute entscheiden die Abzocker alleine über die Löhne – und berücksichtigen dabei nur ihr eigenes Portemonnaie. Die Initiative gibt dem Volk wieder das letzte Wort, um für faire Spielregeln zu sorgen.

Cédric Wermuth, Nationalrat AG

DARUM GEHT ES

In den 80er-Jahren waren die Spitzengehälter in der Schweiz zwischen sechs- und elfmal höher als der Durchschnittslohn. Seither hat sich die Lohnschere immer mehr geöffnet. 2011 betrug der Höchstlohn in den grossen börsenkotierten Unternehmen durchschnittlich 4,77 Millionen Franken. Gleichzeitig haben die mittleren und tiefen Löhne stagniert. Die Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne» schiebt dieser Entwicklung einen Riegel, indem sie eine maximale Lohnspanne von 1:12 vorgibt. Sie verlangt, dass der höchste Lohn in einem Unternehmen höchstens zwölfmal so hoch sein darf wie der tiefste. Wenn die Topmanager weiterhin hohe Saläre wollen, müssen sie also die tiefen Löhne entsprechend anheben.

UNTERSTÜTZE JETZT DIE 1:12-INITIATIVE

Bestelle Abstimmungszeitungen, um sie in deinem Quartier oder deiner Strasse in den Briefkästen zu verteilen.

Bestellen kannst du online unter spschweiz.ch/1zu12unterstuetzen oder per Mail an: kommunikation@spschweiz.ch



«Die mächtigen Konzerne prägen heute den Gang der Welt. An ihrer Spitze brauchen wir Menschen, die bessere Motive haben als ihr eigenes Portemonnaie.»

BEAT JANS, NATIONALRAT BS



«Das Erfolgsmodell der Schweiz war immer der Ausgleich. Mit einem Ja zu 1:12 stellen wir die Basis für den Erfolg wieder her, den wir bis in die 90er-Jahre hatten.»

JACQUELINE BADRAN, NATIONALRÄTIN ZH



«Die 1:12-Initiative schadet überhaupt nicht – jedes normale KMU und jeder anständige Globalplayer hält dieses Lohnverhältnis ein.»

ERIC NUSSBAUMER, NATIONALRAT BL



1:12-Initiative

Sozial und ökonomisch das richtige Signal



Keine Suppe wird so heiss gegessen, wie sie gekocht wird. Nehmen wir die Abzocker-Initiative als Beispiel. Sogenannt wissenschaftliche Studien drohten bei Annahme mit dem Untergang des Finanz- und Arbeitsplatzes Schweiz.

Volk und Stände haben die Initiative im März 2013 haushoch angenommen, weil sie die Nase voll haben von der unverschämten Selbstbedienungsmentalität der Manager-Kaste. Das Volk wollte ein Zeichen setzen. Jetzt wird die Abzocker-Initiative durch Bundesrätin Simo-

netta Sommaruga in einer Verordnung umgesetzt werden. Und niemand redet mehr vom wirtschaftlichen Untergang der Schweiz.

Die 1:12-Initiative ist der notwendige zweite Schritt in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit und Stopp der Abzockerei. Auch jetzt werden in grossen Schlagzeilen Bedenken geäussert und der (erneute) Untergang der Schweiz heraufbeschworen. Bezahlte Wissenschaftler produzieren zu diesem Zweck unsägliche Studien mit den unglaublichsten Szenarien.

Die wichtigste Ursache der heutigen Krisen sind die zunehmenden sozialen Ungleichheiten. Die Reichen werden immer reicher. Alle andern bekommen immer weniger vom

Kuchen, den sie erarbeiten. Deshalb fehlt die ökonomisch entscheidende Nachfrage. Wenn die 1:12-Initiative angenommen wird, ist das ein starkes Signal – national und international. Ganz Europa wird wie bei der Abzocker-Initiative darüber berichten und die Mehrheit der Europäer und Europäerinnen wird an der direkten Demokratie ihre helle Freude haben. Die Annahme der Initiative wäre ein Tag der Freude für alle Freundinnen und Freunde des sozialen Fortschritts und der ökonomischen Vernunft.

Susanne Leutenegger Oberholzer

Nationalrätin BL

Vignette: dafür und dawider

Die Delegierten der SP Schweiz haben bei der Vorlage zur Autobahnvignette Stimmfreigabe beschlossen. Sowohl für ein Ja als auch für ein Nein gibt es überzeugende Argumente, welche hier dargelegt werden.



Franziska Schädel

DARUM GEHT ES

Der Preis für die Autobahnvignette soll von 40 auf 100 Franken pro Jahr erhöht werden. Die zusätzlichen Einnahmen kämen vollumfänglich dem Betrieb, Unterhalt und Ausbau von rund 400 Kilometern kantonalen Strassen zugute, die neu ins Nationalstrassennetz aufgenommen würden. Wird die Erhöhung des Vignettenpreises abgelehnt, werden die kantonalen Strassen nicht in das Nationalstrassennetz aufgenommen.

PRO 17 Rappen mehr pro Tag ist für alle Autofahrenden verkraftbar

Die Vignette kostet seit 1995 unverändert 40 Franken. Tatsache ist, dass der motorisierte Individualverkehr die von ihm verursachten



Kosten bei weitem nicht deckt. Deshalb ist seine Schonung aus ökologischen Gründen schwierig zu begründen. Die Verteuerung der Vignette ist an den «Netzbeschluss» gekoppelt:

Der Bund will damit 387 km Kantonsstrassen ins Nationalstrassennetz übernehmen. Damit werden die Kantone entlastet. Nach Abzug der Kosten für Betrieb und Unterhalt bleiben jährlich noch ca. 200 Mio. Franken für den Ausbau übrig. Zurzeit sind 65 Projekte eingereicht mit einem Kostenvolumen von 8–10 Mia. Franken. Davon können in den nächsten 20 Jahren Projekte im Gesamtrahmen von maximal ca. 4 Mia. Franken realisiert werden, also nicht einmal die Hälfte der eingereichten Projekte. Bei einem Nein zur Vignettenpreiserhöhung müssen die Kantone die rund 400 km Strassen wieder übernehmen. Werden die Kantone nicht entlastet, so steigt der Druck auf Sparmassnahmen im öffentlichen Verkehr.

Edith Graf-Litscher, Nationalrätin TG

KONTRA Lenken statt Gelder verschenken

Die Autobahnvignette soll von 40 gleich auf 100 Franken verteuert werden. Das schiesst weit übers Ziel hinaus und spült zusätzliche Milli-



onen in den Nationalstrassenbau. Das ist weder notwendig noch sinnvoll, sagen die Alpeninitiative Schweiz, der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Grüne Partei Schweiz

(GPS), die Grünliberale Partei Schweiz (GLP), die JUSO Schweiz und die SP Basel-Stadt. Sie alle wollen keine Autobahngelder auf Vorrat und keine Mittel für eine zweite Gotthardröhre. Eine Preiserhöhung auf 70 Franken hätte nämlich genügt, um den Unterhalt der neu ins nationale Netz aufgenommenen Strassenabschnitte zu decken. Kommt dazu, dass die Autobahnvignette eine pauschalisierte Kopfsteuer ist. Sie ist nicht verbrauchsorientiert und hat im Gegensatz zur Mineralölsteuer kaum eine Lenkungswirkung. Die Mehreinnahmen der Vignette kommen voll dem Strassenbau zugute. Was zudem fehlt, ist ein verkehrspolitisches Gesamtkonzept.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat AG

Achtung Mogelpackung!

Nein zu einer rückwärtsgewandten Familienpolitik

Jede Frau und jeder Mann soll selbstbestimmt über die Gestaltung des eigenen Lebens entscheiden können. Wir lassen uns nicht vorschreiben, dass die Frau als Hausfrau und der Mann als Ernährer zu leben hat.



Die Familieninitiative der SVP fordert, dass Familien, die ihre Kinder zu Hau-

se betreuen, diese Eigenleistung von den Steuern abziehen können. Diese Initiative ist finanzpolitisch unsinnig und löst zudem kein einziges Problem in der heutigen Familienpolitik. Im Gegenteil, sie würde ein neues, grosses Problem schaffen. Sehr fragwürdig ist auch das Familien- und Gesellschaftsbild, das hinter der SVP-Initiative steht. Die klassische Rollenverteilung mit dem Mann, der einer Erwerbsarbeit nachgeht, und der Frau, die sich um den Haushalt kümmert, soll steuerlich gefördert werden. Die Initiative ist ein Steilpass für die Forderung «Frauen zurück an den Herd» und zielt völlig an der Realität vorbei: Heute beträgt die Erwerbsquote von Frauen über 75 Prozent.

Mit dem Geld, das die Initiative kostet, könnten wir schweizweit 60000 Krippen-



plätze schaffen. Das wäre gut investiertes Geld, denn ökonomisch ist es äusserst sinnvoll, wenn Frauen arbeiten: Einerseits werden so die Bildungsinvestitionen amortisiert, andererseits wird das Armutsrisiko verkleinert. 50 Prozent der Ehen werden in der Schweiz heute geschieden. Das Risiko, arm zu werden, ist bei Alleinerziehenden am grössten. Viele davon müssen Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Es wäre schlicht unsinnig, wenn mit der SVP-Initiative reiche Familien steuerlich entlastet würden, während die Gemeinden Sozialhilfe für alleinerziehende Geschiedene ausbezahlen, weil die Steuerpolitik das gleichberechtigte Teilen der Erwerbs- und Erziehungsarbeit erschwert.

Unsere Lösung in der Familien- und Steuerpolitik sieht anders aus: Jeder Person, egal welchen Geschlechts, soll es möglich sein, für die Kinder zu sorgen und einer Erwerbsarbeit nachzugehen: Mit fairen Löhnen, zeitlich befristeten Betreuungsurlauben, einem Elternurlaub und dem Mutterschaftsurlaub, der als einzige Massnahme schon umgesetzt wurde.

Yvonne Feri, Nationalrätin AG

Nein zu finanzpolitischem Unsinn

Bund und Kantone soll vorgeschrieben werden, künftig allen Familien einen Abzug für die Kinderbetreuung zu gewähren, auch jenen, die ihre Kinder zuhause betreuen. Damit widerspricht die Initiative den elementarsten Steuergrundsätzen: Wer keine effektiven Auslagen hat, kann auch keine Abzüge geltend machen. Der Steuerabzug, der Doppelverdiener-Familien und Alleinerziehenden gewährt wird, basiert hingegen auf tatsächlichen Kosten der externen Kinderbetreuung. Mit der Initiative wird also keineswegs eine Ungerechtigkeit beseitigt, sondern eine neue Ungleichbehandlung geschaffen. Die finanziellen Folgen wären massiv und führen zu geschätzten Steuerausfällen von 1,4 Milliarden bei Bund, Kantonen und Gemeinden. Was auf den ersten Blick fair erscheinen mag, ist nicht mehr als ein Steuergeschenk



für Familien mit hohem Einkommen. Die Hälfte aller Familien zahlt keine direkte Bundessteuer und hat nichts von der Entlastung. Wird neu ein Eigenbetreuungsabzug in derselben Höhe wie der Fremdbetreuungsabzug gewährt, so werden die massiven Steuerausfälle in den Kantonen und Gemeinden kompensiert werden müssen, z.B. durch Sparpakete mit Leistungsabbau und Gebührenerhöhung. Die Zeche werden Familien mit kleinen Einkommen und der Mittelstand bezahlen. Wird als Folge der Initiative der Betreuungsabzug reduziert, so werden diejenigen Familien bestraft, die trotz Kindern erwerbstätig sind und damit dem Staat an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen deutlich mehr zurückgeben, als sie an Unterstützung erhalten.

Die SVP-Familieninitiative ist nicht nur ein Etikettenschwindel, sondern ein klassisches Eigentor. Wer für alle Familien etwas tun will, lehnt sie ab.

Die SVP-Familieninitiative ist nicht nur ein Etikettenschwindel, sondern ein klassisches Eigentor. Wer für alle Familien etwas tun will, lehnt sie ab.

Prisca Birrer-Heimo, Nationalrätin LU

DARUM GEHT ES

Die so genannte Familieninitiative der SVP verlangt, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, für die Betreuung ihrer Kinder einen gleich hohen Betrag von den Steuern abziehen können wie Eltern, die ihre Kinder ausserfamiliär betreuen lassen. Seit 2011 können Eltern, die ihre Kinder teilweise extern betreuen lassen, diese Ausgaben von den Steuern abziehen. Diese Abzugsmöglichkeit wurde geschaffen, um die steuerliche Benachteiligung dieser Familien abzuschwächen. Die SVP behauptet hingegen, dass diese Abzugsmöglichkeit eine steuerliche Diskriminierung von Eltern darstelle, die zugunsten der Kinderbetreuung auf Erwerbsarbeit verzichten. Sie fordert darum einen steuerlichen Anreiz für die Kinderbetreuung in der Familie und somit auch für den Verzicht auf Erwerbsarbeit.



Kostbares kostet

Die Schule ist Sache der Kantone. Doch mit der Annahme des Bildungsartikels vor sieben Jahren ist sie auch ein wenig Sache des Bundes geworden. Schuleintrittsalter, Dauer und Ziele der verschiedenen Bildungsstufen müssen bis 2015 harmonisiert werden, ansonsten wird der Bund die «notwendigen Vorschriften erlassen». Diese Bestimmung wird mit dem HarmoS-Konkordat umgesetzt. Der Lehrplan 21 wiederum ist das zentrale Instrument für die Harmonisierung der Volksschule.

Die Romandie hat die Hausaufgaben gemacht. Mit dem Plan d'études romand wurde für sieben Kantone ein einheitlicher Lehrplan erarbeitet. Nach ihm wird im Welschland bereits unterrichtet. In einem Jahr soll dies auch in der Deutschschweiz der Fall sein. Dann nämlich will die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz den Kantonen den Lehrplan 21 zur Einführung übergeben. Es handelt sich dabei um einen Rahmenlehrplan, der bewusst Raum für regionale Bedürfnisse und Vorgaben lässt. Der Lehrplan 21 beinhaltet keine grundsätzlichen Neuerungen, sondern führt mehrheitlich Bestehendes und Bewährtes fort.

Vernehmlassung bis Ende Jahr

Die SP Schweiz ist daran, eine Vernehmlassungsantwort zu erarbeiten. Mit Hilfe der SP-Fachkommission und Ideen weiterer bildungsnaher SP-Gruppierungen soll diese Vernehmlassungsantwort breit abgestützt werden. Im Weiteren hat die SP Schweiz eine «Gruppe Volksschule» ins Leben gerufen. Diese trifft sich anfangs November mit den SP-BildungsdirektorInnen der Kantone.

SP bewertet Lehrplan 21 positiv

Schon jetzt ist klar, dass sich die SP im Grundsatz positiv zur Vorlage äussern wird. Denn der Lehrplan 21 basiert nicht nur auf dem für uns wichtigsten Grundwert der Schule, der Chancengerechtigkeit, sondern nimmt auch viele SP-Forderungen der jüngeren Vergangenheit auf (z. B. Nachhaltigkeit, ICT und Medien). Zu

begrüssen ist auch die im Zentrum stehende Kompetenzorientierung. Nebst Sachkompetenz, Sozialkompetenz und Personalkompetenz (früher Selbstkompetenz) wird den Kindern neu Methodenkompetenz gelehrt. Die Kinder lernen immer noch lesen, schreiben und rechnen. Im Zentrum steht aber neu, Wissen nicht einfach nur wiedergeben, sondern vielmehr das Gelernte dank tieferem Verständnis auch anwenden zu können. Noch stärker verankert werden muss die politische Bildung. Das geht über Staatskunde hinaus und umfasst die Bereiche Politik, gelebte Demokratie und Menschenrechte. Auch die berufliche Orientierung muss mehr Gewicht erhalten.

Nicht auf Kosten der Lehrpersonen

Schon heute fordert die SP zusätzliche Ressourcen für die Umsetzung des Lehrplans 21. Mehr Mittel für die Anpassung der Lehrmittel und die Weiterbildung der Lehrpersonen sind zwingend. Auch für die Umsetzung des Fremdsprachenkonzeptes muss von den Kantonen mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Denn sie darf nicht auf Kosten der Lehrerinnen und Lehrer gehen. Die Gesamtbelastung der Lehrpersonen darf keinesfalls erhöht werden.



Matthias Aebischer
Nationalrat BE

STANDPUNKT



Stefan Hostettler
stv. Generalsekretär

Von Äpfeln und Stiefeln

Symbolbilder gehören zu Abstimmungskämpfen wie Eier zu Ostern oder Tannenbäume zur Weihnachtszeit. Dass von den Plakatwänden derzeit glückliche, reiche Familien strahlen, weil sie dank einer Familieninitiative der SVP weniger Steuern zahlen dürfen, verstehe ich ja noch. Aber was ist das genau mit diesen Apfelbäumen? Und das andere mit den schweren Stiefeln, die über eine Schweizer Fahne stampfen? Was diese beiden Motive mit einer Initiative verbindet, die sich für das unsägliche Konzept von Kontingenten auf dem Arbeitsmarkt stark macht, entzieht sich mir.

Ich verzichte einmal darauf, das Stiefelplakat der SVP historisch zu deuten. Aber wenn ich das schwere bäuerliche Schuhwerk betrachte, kommen mir unter anderem die polnischen und ungarischen Hilfsarbeiter in den Sinn, die meines Wissens in den SVP-Stammlanden zur Erntezeit von Spargeln, Erdbeeren und ähnlichem heiss begehrt sind. Pflücken sie auch die Äpfel von den Scherenschnittbäumen der bürgerlichen Nein-Kampagne?

Dass bei der SVP erneut die Ausländerinnen und Ausländer als Sündenbock herhalten müssen, überrascht nicht. Deren Haltung strotzt wie so oft vor Widersprüchen, weil die gleiche Partei gerne bei jeder Gelegenheit alles den Interessen der Wirtschaft unterordnet, bei der Bildungspolitik spart und die Mütter möglichst vom Arbeitsmarkt fern hält.

Die Stiefel-Plakate stehen auch in einer Tradition früherer Plakate mit dunklen Gestalten: mit und ohne Messer, mit und ohne Burka, mit und ohne Schafe; aber immer mit Schweizer Kreuz. Aber was wollen uns die Äpfel sagen? Reicht es wirklich, die Stiefel mit Äpfeln zu kontern? Die SVP-Initiative verdient nichts anderes als eine unmissverständliche Absage, aber muss man dazu die Personenfreizügigkeit wie den Garten Eden darstellen? Jene, die heute daran zweifeln und die versucht sein könnten, der SVP auf den Leim zu kriechen, werden die prallen Früchte am Baum kaum überzeugen. Dafür ist die Botschaft ganz einfach: Die Früchte der Personenfreizügigkeit müssen zwingend allen statt nur wenigen zugute kommen. Dazu braucht es keine Kontingente, sondern innere Reformen. Den SP-Delegierten war das letzten Samstag in Baden klar. Hoffentlich kapiert das auch die Apfel-Lobby.

Vom langen Schweigen zur

Nach den Katastrophen der beiden Weltkriege begann in Westeuropa eine Epoche der Entnationalisierung, des Grenzabbaus und der multistaatlichen Integration. Bis 1960 waren die wichtigsten supranationalen Körperschaften gebildet: Die Europäische Gemeinschaft EWG, die europäische Freihandels-Assoziation EFTA, der Europarat und die NATO. Die EWG und die EFTA waren in erster Linie Zollunionen für Industriegüter. Die EWG war aber von Anfang an breiter angelegt als die EFTA. Sie umfasste auch den Agrarsektor und etablierte in ihrem Bereich die Personenfreizügigkeit. Sie hatte zudem eine politische Vision, die über den gemeinsamen Markt hinausging, und entwickelte eine starke Sogkraft auf die EFTA-Staaten.

Die Schweiz war Gründungsmitglied der EFTA, suchte aber sehr bald auch engere Beziehungen zur EWG. Ein Übertritt wurde vom Bundesrat durchaus erwogen, wenn auch eher in mittel- bis langfristiger Perspektive. Als grösstes Hindernis entpuppte sich in den Anfangsjahren die Neutralität, welche die EWG ihren Mitgliedsländern nicht zugestand und welche die Schweiz auf keinen Fall aufgeben wollte. Der Annäherungsprozess endete 1972 beim kleinsten gemeinsamen Nenner, einem Freihandelsabkommen, das die Zollunion für Industriegüter vorsah.

Keine Aussenpolitik der SP

Die SP war für den EFTA-Beitritt gewesen, jedoch lehnte sie den Beitritt zur EWG ab, wenn sie diesen auch als Fernziel ins Auge fasste. Sie befand sich immer in Übereinstimmung mit dem Bundesrat, in dem nach 1959 meistens ein Sozialdemokrat das Aussenministerium



Zum 125-Jahr-Jubiläum der SP Schweiz erscheint am 26. November die zweisprachige Publikation «Einig – aber nicht einheitlich»/«Une pensée unie – mais pas unique» im Limmat Verlag. Es kann über die Webseite www.redboox.ch zum Buchhandelspreis von Fr. 68.– bestellt werden.

leitete. Das Thema «Europäische Integration» ist in den Parteidokumenten wie etwa den Geschäftsberichten der Parteileitung oder den Legislaturberichten der Bundeshaus-Fraktion weitgehend abwesend.

1970 erschien die erste Ausgabe der «Neuen Schriftenreihe der SPS». Sie widmete sich «Fragen der schweizerischen Aussenpolitik». Den darin enthaltenen «Bericht zur Integrationsfrage» verfasste Nationalrat Walter Bringolf. Der frühere Parteipräsident lieferte einen chronologischen Abriss über die wichtigsten Integrationschritte Europas in der Nachkriegszeit sowie die Europa-Politik des Bundesrates und antwortete auf die Frage «Was will die SP?» mit einem sehr knappen Positionsbezug: Die EFTA sei nur eine Übergangslösung, die Schweiz solle der EWG beitreten. Die Vollmitgliedschaft sei allerdings nur in Etappen erreichbar, aber man müsse sie «hartnäckig anstreben.» Dies war Bringolfs persönliche Meinung.

Die Schweiz sollte als Vollmitglied der EG beitreten, weil die Vorteile eines Beitritts die Nachteile insgesamt überwiegen würden.

Was die Schweiz (und die SP) davon abhielt, der EWG beizutreten, listete Nationalrat Walter Renschler auf:

1. Die Neutralität.
2. Die EWG sei nicht demokratisch organisiert.
3. Der Beitritt würde zu einer Kompetenzverlagerung vom Parlament zum Bundesrat und von den Kantonen zum Bund führen.
4. Die Personenfreizügigkeit wäre angesichts der ohnehin schon bestehenden «Überfremdung» nicht verkräftbar.
5. Die Landwirtschaft würde den Beitritt nicht aushalten.

Keiner dieser Punkte würde nach Ansicht Renschlers eine Volksabstimmung überstehen: «Deshalb hat es aus realpolitischen Überlegungen keinen Sinn, den EWG-Beitritt zur heutigen Zeit zur Diskussion zu stellen.»

Und so verhielt sich die Partei dann auch. Die Geschäfts- und Legislaturberichte der 1970er und 1980er Jahre schwiegen sich wie alle früheren darüber aus. Im neuen Parteiprogramm von 1982 kommt das Thema «Die Schweiz und Europa» schlicht nicht vor.

Das Europamanifest von 1991

Zehn Jahre später war alles anders. In Osteuropa zerfiel das sowjetische Imperium, in Westeuropa hatte sich die EWG zur EG wei-

terentwickelt und für die EFTA-Staaten ein neues Angebot bereitgestellt – den Eintritt in den Europäischen Wirtschaftsraum EWR ohne EG-Mitgliedschaft. Der Bundesrat befürwortete diesen Beitritt, und es begann die intensivste europapolitische Auseinandersetzung, die es in der Schweiz je gegeben hat. Die SP stieg 1991 mit einem vom Parteitag verabschiedeten «Manifest für ein soziales Europa» in die Debatte ein. In diesem entwickelte sie zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine europapolitische Strategie, die diesen Namen verdient. Es war die Strategie des «Ja zum Beitritt, wenn...», wobei mit Beitritt nicht der zum EWR gemeint war, sondern der zur EG selbst. Diese Strategie hat die Partei bis heute im Wesentlichen unverändert beibehalten.

Die im Manifest entwickelte europapolitische Strategie bestand aus fünf Elementen:

1. Die SP bewertete das Verhältnis zur EG als die entscheidende Frage für die Schweiz. In der

EG werden die wesentlichen Weichen gestellt.

2. Die Schweiz sollte als Vollmitglied der EG beitreten, weil die Vorteile eines Beitritts die Nachteile insgesamt überwiegen würden – aber nicht um jeden Preis, weder «zum sozialen und umweltpolitischen Nulltarif» noch zu Lasten der direkten Demokratie.

3. Die SP wollte über den Beitritt sofort verhandeln und dann in Kenntnis des Resultats Ja oder Nein sagen.

4. Die SP wollte die Nachteile, die mit dem Beitritt verbunden sind, mit einem Bündel von innenpolitischen Reformen als flankierenden Massnahmen kompensieren oder sogar in Vorteile verwandeln. «Dieses innenpolitische Reformpaket muss Bestandteil einer Beitrittsvorlage des Bundesrates bilden.»

5. Die SP beurteilte die EG durchaus kritisch, sie war ihr zu diesem Zeitpunkt zu zentralistisch, zu bürokratisch, zu wenig ökologisch und zu wenig demokratisch. Das aber waren nicht Gründe, ihr fern zu bleiben, sondern Gründe ihr beizutreten, um sie zu verändern. Der Thurgauer Ständerat Thomas Onken brachte die Grundhaltung der Partei so auf den Punkt: «Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten interessiert nicht vorab der zugige Markt der EG, sondern das gemeinschaftliche europäische Haus.»

klaren Strategie



Am 23. September 1995 organisierte Christoph Blocher AUNS eine Anti-EU-Demonstration auf dem Bürkliplatz in Zürich mit 10 000 Teilnehmenden. Die SP Stadt Zürich organisierte gleichentags auf dem Platzspitz, gegen den Willen der SPS, die Demo für eine offene und tolerante Schweiz mit Bundesrat Otto Stich als Hauptredner. 15 000 nahmen an der Anti-Blocher-Demo teil.

Von der Europaplattform zum Parteiprogramm

Realpolitisch stand zu Beginn der 1990er Jahre aber nicht der Beitritt zur EG zur Entscheidung an, sondern derjenige zum EWR. Die SP befürwortete im Rahmen der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 diesen Beitritt, aber sie sah darin nur ein Übergangsszenario. «Die SPS fordert den Bundesrat auf, unverzüglich analog zu unserem Nachbarland Österreich das Beitritts-gesuch vorzubereiten und einzureichen, um in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre der EG beitreten zu können.»

Das Schweizer Stimmvolk sagte Nein zum EWR und zwang damit Bundesrat und Parlament zu einer neuen Strategie. Diese bestand zur Hauptsache aus zwei Teilen: der freiwilligen Anpassung vieler Schweizer Gesetze an diejenigen der EG-Staaten zur Beseitigung von Handelshemmnissen («autonomer Nachvollzug») und aus dem Abschluss von bilateralen Verträgen, die der Schweizer Wirtschaft den gleichberechtigten Zugang zu einzelnen

Sektoren des europäischen Binnenmarktes verschafften. Die SPS unterstützte den Bilateralismus in Verbindung mit dem «autonomen Gesetzesnachvollzug» und flankierenden Massnahmen. Aber sie tat dies immer mit dem Hinweis darauf, dass sie das nur als Zwischenphase ansehe, weil das Ziel der Beitritt zur EU sein müsse, wie die Gemeinschaft seit 1993 hiess.

In der Europaplattform von 1995 beschleunigte die Partei das Tempo und verlangte den Beitritt selbst und zwar auf den 1. Januar 2000! Den Mut dazu schöpfte sie aus Meinungsumfragen: Ende April 1995 sprachen sich 52 Prozent der Befragten für den EU-Beitritt aus, bei den SP-Sympathisantinnen und -sympathisanten waren es 72 Prozent, bei den Parteimitgliedern sogar 82 Prozent. Ebenfalls Mut machte der Beitritt der neutralen Länder Schweden und Österreich im gleichen Jahr und ein «Kurswechsel der FDP». Weil der von der SP geforderte Beitrittstermin ungenutzt verstrich und das Zeitalter des Bilateralismus gerade erst so

richtig begonnen hatte, kehrte die Partei mit der Europaplattform von 2000 auf ihre ursprüngliche «Ja, wenn-Position» zurück und bestätigte sie später mit der Europaplattform von 2004 und dem Parteiprogramm von 2010.

Gekürzter Artikel von **Hans-Jürg Fehr** aus dem Jubiläumsbuch «Einig – aber nicht einheitlich», das am 26. November erscheint.



siehe Kasten
auf Seite 19

Nein zu unnötigen Milliarden für einen Papierflieger

Es gibt drei Gründe, warum wir die Kampfjets Gripen mit dem Referendum und danach an der Urne bekämpfen müssen: Erstens sind diese Milliarden an anderen Orten sinnvoller eingesetzt; zweitens brauchen wir sicherheitspolitisch keine neuen Kampfjets; drittens ist der Gripen ein Hochrisikoprojekt.

Zum ersten Punkt: Über drei Milliarden sollen die neuen Kampfjets kosten. Dazu kommen noch weitere hohe Beträge, die sogenannten Lebenswegkosten. Dies, obwohl wir vor wenigen Jahren erst die FA18-Kampfjets für mehrere hundert Millionen Franken nachgerüstet haben. In Zeiten, wo bei der AHV, der IV und beim öffentlichen Verkehr gespart werden soll, sind solche Kosten reine Geldverschwendung. Das Vorhaben würde auch zu Kürzungen in anderen Sicherheitsbereichen führen. Viel sinnvoller ist es, in die Bereiche zu investieren, die unser Land vorwärts bringen: In die Bildung, in Tagesstrukturen, in Forschung und Innovation. Bei der Sicherheit hat die Schweiz in den Bereichen Cyber, Friedensförderung, Polizei oder allgemein innere Sicherheit mehr Nachholbedarf als bei den Kampfjets.

Zweitens sind diese Ausgaben sicherheitspolitisch absolut nicht notwendig. Unser Luftraum wird nur zu Bürozeiten und unter der Woche verteidigt. Wie erklärt man da die vermeintlich dringende Notwendigkeit neuer Kampfjets? Ausserdem fehlt dieser Beschaffung ein klares Konzept, welches die Sicherung des Luftraumes über Jahre vorsieht und die zu beschaffenden Materialien sinnvoll aufeinander abstimmt. Denn was die Bürgerlichen dem Volk verschweigen: Nach der Kampfjetabstimmung stehen eine Reihe neuer Beschaffungen im Bereich der Luftsicherheit an, wie zum Beispiel Drohnen oder eine Erneuerung der Fliegerabwehr. Wir brauchen ein Konzept, welches auch die Kooperation mit umliegenden Ländern genauer klärt und eine klare Gefahrenanalyse der heutigen Zeit und der Zukunft aufzeigt. Eine sicherheitspolitische Kooperation mit den umliegenden Ländern und eine Einfügung in die europäische Sicherheitsarchitektur sind

Unser Luftraum wird nur zu Bürozeiten verteidigt. Wie erklärt man da die vermeintlich dringende Notwendigkeit neuer Kampfjets?

notwendig, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Dies bedeutet kein Aufgeben unserer Neutralität.

Und schliesslich: Der Gripen ist ein Hochrisikoprojekt. Wir binden uns damit als einziges Land sehr eng und über Jahrzehnte an das Schicksal der schwedischen Firma Saab

Kampfjet nun um eine Weiterentwicklung oder einen neu zu entwickelnden Flieger handelt. Den Vertrag, der unsere Risiken absichern soll, durfte niemand aus der Schweiz vollumfänglich einsehen – man verlässt sich voll und ganz auf eine einzige Person bei Armasuisse, welche gemäss eigenen Aussagen etwa 15 Prozent des Vertrages lesen durfte. Dieses Risiko kann niemand guten Gewissens tragen.

Deshalb heisst es nun: Unterschriften sammeln für das Referendum. Der Ausgang dieser Abstimmung hat Konsequenzen über Jahrzehnte. Den Gripen wollen und dürfen wir der nächsten Generation nicht aufbürden.

und hängen bei den Entwicklungskosten mit drin. Der zu beschaffende Gripen E existiert so noch nicht, es handelt sich also gewissermassen um einen Papierflieger. Bis zuletzt konnte der Verteidigungsminister die Frage nicht beantworten, ob es sich beim zu kaufenden



Chantal Galladé
Nationalrätin ZH und Präsidentin
der Sicherheitspolitischen Kommission

JETZT UNTERSCHREIBEN

Wir brauchen deine Unterstützung. Hilf mit, genügend Unterschriften gegen die unnötigen Kampfjets zu sammeln. Einen Unterschriftenbogen findest Du in der Mitte dieser Ausgabe, weitere auf www.spschweiz.ch/gripen



**NEIN ZU DEN
KAMPFJET -
MILLIARDEN**

ZUGESPITZT

Die Gleichheit, die man sich gönnt

Bürgerliche und Wirtschaftsverbände schüren diffuse Ängste vor 1:12. Die Initiative stelle eine grosse Gefahr für die Wirtschaft dar. Doch fest steht: Ist der Wohlstand in einer Gesellschaft gerechter verteilt, kommt dies allen zugute.

Wenn die Gegnerinnen und Gegner einer Initiative bereits weit vor der heissesten Phase des Abstimmungskampfs ihre gesamte Strategie darauf auslegen, Panikmache zu betreiben, dann zeigt das vor allem, wie sehr sie selber die Hosen voll haben. Wenn es um die 1:12-Initiative geht, dann ziehen die Wirtschaftsverbände und ihre bürgerlichen SteigbügelhalterInnen in den Parlamenten alle Register. Neben dem Ausmalen abstrusester Bedrohungsszenarios tun sie das nun mit «Studien»,

Igor Kraevnik



1:12

ja! am 24.
November

bei denen man nicht schlecht Lust bekommt ihnen mitzuteilen, wie man Studien liest. Selbst die HSG bezeichnet in der vom Gewerbeverband bestellten Studie Ausfälle von vier Milliarden Schweizerfranken als sehr unwahrscheinlich und hält es sogar für möglich, dass die Steuereinnahmen steigen. Darüber verliert man bei den Angstmachern natürlich kein Wort.

Wer für exorbitante Löhne Politik betreibt, kommt schnell in Erklärungsnot. Plötzlich wird auf absurde Nebenschauplätze ausgewichen, um vom Kern des Themas abzulenken. Erstaunlich ist das nicht, denn: Explodierende Superlöhne bei sinkender Realkaufkraft bei niedrigen und mittleren Einkommen – wie es wegen steigender Mieten und Prämien der Fall ist – sind schädlich. Der britische Sozialforscher Richard Wilkinson kommt zum Schluss: «Überall zeigt sich, dass »ungleiche« Staaten

wesentlich schlechter dastehen. Und zwar nicht nur ein bisschen schlechter.»

Wir müssen in der Schweiz ein wirksames Mittel gegen eine Situation schaffen, in der sich die Spitzenverdiener immer absurdere Boni auszahlen, während sie gleichzeitig Standorte schliessen, um die Profite noch mehr zu maximieren. Die 1:12-Initiative ist die-

ses Mittel. Aber sie ist noch mehr: Gemeinsam mit der Mindestlohninitiative und der Erbschaftssteuer ist 1:12 ein Instrument, um der Gleichheit, die wir als eines der reichsten Länder der Welt haben könnten, näher zu kommen. Dieser Reichtum wurde nicht von den Vasellas und Dougans geschaffen. Er ist Produkt der täglichen Arbeit von uns allen und im Besonderen

der Búezerinnen und Búezer, also derer, die am wenigsten von ihm profitieren. Gónnen wir uns also Gleichheit, wir brauchen sie.



Florian Sieber
1:12-Kampagnenleiter
der SP Thurgau

SP-VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTOR ANDREAS RICKENBACHER SETZT AUF NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

«Cleantech bringt uns vorwärts»

Regierungsrat Andreas Rickenbacher ist verantwortlich für die Umsetzung der neuen Agrarpolitik des Bundes und die neue kantonale Wirtschaftsstrategie. Er will damit den Cleantech-Standort weiter stärken.

Mit der Wirtschaftsstrategie 2025 will der Kanton den Wohlstand aller verbessern. Welche Akzente setzt Du als Volkswirtschaftsdirektor? Nachhaltige Entwicklung ist die Grundmaxime der rot-grünen Kantonsregierung. Darauf basiert meine neue Wirtschaftsstrategie. Einer der Schwerpunkte ist daher die Förderung des Bereichs Cleantech, also die Minimierung des Ressourcenverbrauchs. Cleantech bringt uns vorwärts. Die Strategie wird uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen.

Cleantech steht und fällt mit der Energiewende. Wo stehen wir?

Unternehmen, die frühzeitig auf erneuerbare Energien setzen, können sich wirtschaftliche Vorteile verschaffen. Die Minimierung des Ressourcenverbrauchs ist eine Aufgabe der gesamten Wirtschaft. Auch eine Bäckerei zum Beispiel muss entscheiden, wie sie ihre Energiebilanz optimieren kann. Einen Boom erleben gegenwärtig die Hersteller von Wärmepumpen. Im Kanton Bern gibt es in diesem Bereich einige Marktführer.

Als Volkswirtschaftsdirektor kennst Du die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbslosen liegt in Bern unter dem schweizerischen Durchschnitt. Welche Trümpfe haben wir?

Ich stehe oft in Kontakt mit Unternehmerpersönlichkeiten, welche die Treue und Leistungsbereitschaft ihrer Mitarbeitenden zu schätzen wissen. Bern profitiert zudem von der zentralen Lage zwischen Genf, Basel und Zürich. Auch unsere Zweisprachigkeit ist für internationale Firmen wichtig. Nicht zu vergessen die Hauptstadtfunktion: Unternehmen schätzen die Nähe zur Bundesverwaltung.

Der Kanton Bern wurde in letzter Zeit als schwach dargestellt, weil er 1,3 Milliarden Franken aus dem nationalen Finanzausgleich kassiert.

Dieser Betrag ist angemessen, denn er berücksichtigt die Grösse unseres Kantons mit über einer Million Menschen. Es gibt einige Kantone, die pro Kopf mehr Ausgleich kassieren als Bern. Wenn der Betrag klein ist, fällt er weniger auf. Die Kantone bilden eine Solidargemeinschaft. Berns Hauptstadtfunktion ist weniger



Michael Stahl

Andreas Rickenbacher: «Unternehmen, die auf erneuerbare Energien setzen, können sich wirtschaftliche Vorteile verschaffen.»

einträglich als der Chemiestandort Basel oder der Rohstoffhandel in Zug.

Kann ich daraus ableiten, dass es auch innerhalb des Kantons Bern den Ausgleich zwischen Zentren und Landgemeinden braucht?

Ja. Bern ist eine Schweiz im Kleinformat. Un-

«Bern ist eine Schweiz im Kleinformat.»

ser Ausgleichssystem war Schulbeispiel bei der Ausarbeitung des nationalen Finanzausgleichs. Unsere Strukturen sind aber nicht in Stein gemeisselt: Nach der erfolgreichen Bezirksreform müssen wir nun die Gemeindestrukturen effizienter gestalten. Es wird weitere Fusionen geben. Aufgabe der Politik ist es, den Kanton mit städtischen und ländlichen Gebieten zusammenzuhalten.

Bern ist der grösste Landwirtschaftskanton der Schweiz. Was bedeutet die neue Agrarpolitik 2014 bis 2017 für die Volkswirtschaftsdirektion? Die Betonung der ökologischen Landwirt-

schaft zielt in die richtige Richtung. Förderung von Biodiversität ist im Kanton Bern schon seit 2008 Praxis. Konsumentinnen und Konsumenten wünschen ökologische Produkte. Unserem Amt für Landwirtschaft und Natur bringt die Neuausrichtung gegenwärtig viel Zusatzarbeit: Es muss dafür sorgen, dass die rund 600 Millionen Franken des Bundes an Direktzahlungen gemäss den neuen Kriterien an die Bauern verteilt werden.

Interview: Daniel Vonlanthen

KANTONALE WAHLEN 2014

Am 30. März 2014 finden im Kanton Bern Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Die amtierenden SP-Regierungsräte Barbara Egger, Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud werden alle wieder kandidieren. In einer Interview-Serie spricht links.be mit Egger, Rickenbacher und Perrenoud über die vergangene Legislatur und ihre Pläne für die nächsten vier Jahre. Bisher erschienen: Interview mit Barbara Egger (September-Ausgabe).



Ein erweiterter Kanton Jura würde zu einer Schwächung des Berner Juras führen: Im Bild die Gemeinde Malleray.

Zeit, die Seite umzublättern

Die Jurafrage hat den Berner Jura während vielen Jahren blockiert. Die sozialdemokratische Partei des Berner Jura (PSJB) spricht sich für ein Nein am 24. November aus, um die institutionelle Zukunft der Region endgültig zu klären. Hierfür sprechen auch wirtschaftliche, soziale, finanzielle und politische Gründe.

Der PSJB begrüsst eine Volksabstimmung zur institutionellen Zukunft des Berner Juras: weil insbesondere dadurch die Jurafrage endgültig geklärt werden kann. Gleichzeitig strebt der PSJB den Erhalt des gesamten Berner Juras als Teil des Kantons Bern an und wehrt sich entschlossen gegen die kulturellen Abschottungstendenzen, wie sie bei verschiedenen populistischen Bewegungen in der Schweiz und Europa erkennbar sind. Die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen der Kanton Bern aktuell zu kämpfen hat, beurteilen wir als rein politisches Problem, sie haben nichts mit einer kulturellen Identitätsfrage zu tun. Sie sind vielmehr die Folge einer falschen Steuerpolitik, welche die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat durchgesetzt hat. Diese Situation kann nur durch eine Stärkung der Linken bei den Grossratswahlen 2014 korrigiert werden.

Daneben gibt es weitere Argumente, welche für den PSJB gegen eine Loslösung des Berner Juras vom Kanton Bern sprechen. Diese lassen sich nach institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen, finanziellen sowie politischen Aspekten aufgliedern.

Institutionelle Gründe

- Ein erweiterter Kanton Jura wäre zu klein und müsste seine Politik nach den grossen Kantonen ausrichten
- Ein entsprechender Kanton würde sich aus Regionen zusammensetzen, die untereinander schlecht vernetzt wären

- Ein entsprechender Kanton würde über kein eigenes Zentrum verfügen
- Ein entsprechender Kanton würde eine Grenze schaffen zwischen dem Berner Jura und der Stadt Biel, mit welcher der Berner Jura so sehr verbunden ist

Wirtschaftliche und soziale Gründe

- Die beiden Regionen (Jura und Berner Jura) haben die gleichen Stärken, gleichzeitig aber auch die gleichen Schwächen, was eher Konkurrenzsituationen hervorrufen als zu einer sinnvollen Ergänzung führen würde
- Bei globalen Konjunkturkrisen wäre ein erweiterter Kanton Jura als Gesamtheit betroffen

Finanzielle Gründe

- Die Geldflüsse zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Bern sind eindeutig positiv zugunsten des Berner Juras. Der aktuelle Kanton Jura wäre nicht in der Lage, diese Unterstützung weiterzuführen
- Ein erweiterter Kanton Jura würde in gefährlichem Masse vom Lastenausgleich auf nationaler Ebene abhängen

Politische Gründe

- Die Verfassung des neuen Kantons könnte für keine der folgenden Notwendigkeiten garantieren:
- Die Notwendigkeit, den Berner Jura in eine urbane Schweiz zu integrieren

- Die Notwendigkeit, die starken Bindungen zwischen dem Berner Jura und der Stadt Biel aufrechtzuerhalten
- Die Notwendigkeit, die Zweisprachigkeit Biels aufrechtzuerhalten
- Die Notwendigkeit, die Zweisprachigkeit des Kantons Bern und seine Brückenfunktion zwischen deutscher und französischer Schweiz aufrechtzuerhalten
- Die Notwendigkeit, die Einheit des Berner Juras zu garantieren

Zeit und Energien anders investieren

Bei einem Ja am 24. November würde ein Prozess in Gang gesetzt, der viele Ressourcen verschlänge. Diese werden besser anders eingesetzt, zum Beispiel für den notwendigen Anpassungsprozess an ein sich ständig wandelndes globales Umfeld. Und ein langer politischer Prozess rund um die Bildung eines neuen Kantons Jura, der letztlich auf die Beibehaltung des Status quo hinausliefe, würde den Berner Jura ebenfalls schwächen.

Übersetzung: Oliver Lüthi



Roberto Bernasconi, Grossrat und Vizepräsident PSJB (angepasster Artikel, basierend auf einer Medienmitteilung des PSJB vom Mai 2013)



© RBA6_TschudiHansPeter_1

Bundesrat Hans Peter Tschudi 1970

Hans Peter Tschudi

Am 22. Oktober 2013 wäre Hans Peter Tschudi 100-jährig geworden. Der Basler Sozialdemokrat hatte eine ungewöhnliche politische Karriere gemacht.

Sehr jung wurde er Gewerbeinspektor, war VPOD-Präsident, Regierungsrat, dann Ständerat und mit 46 Jahren Bundesrat. Hans Peter Tschudi war aus meiner Sicht in der jüngeren Zeit der wohl erfolgreichste Bundesrat. Als Sozialminister hatte er die AHV in mehreren Revisionen ausgebaut und dafür im Parlament stets eine Mehrheit bekommen. Er nutzte die damals günstige Zeit optimal: Die Wirtschaft lief auch Hochtouren und die Bundeskasse war gut dotiert.

Der moderne Sozialstaat Schweiz trägt die Handschrift von Hans Peter Tschudi. So geht zum Beispiel die Einführung der Invalidenversicherung sowie der Ergänzungsleistungen der AHV für Kleinverdiener auf sein Konto. Unter ihm als Bildungsminister wurde die ETH Zürich so ausgebaut, dass sie heute zur Weltspitze gehört. Mit der Gründung der «welschen ETH», der «Ecole Polytechnique fédérale de Lausanne», hat Tschudi der Romandie einen gewaltigen intellektuellen Schub verpasst.

Der Basler Sozialdemokrat brillierte im Bundeshaus mit seiner souveränen Kompetenz. Er hat in seiner 14-jährigen Regierungszeit alle

wesentlichen Vorlagen durchgebracht. Nur gerade ein neuer Bildungsartikel scheiterte am Ständemehr wegen 23 fehlender Stimmen in Appenzell-Innerrhoden.

Tschudi war in seinem Gehabe sehr bescheiden. Sein Chauffeur war unterbeschäftigt, Tschudi zog es vor, zu Fuss zu gehen oder fuhr Tram und Bahn. Die Art, wie Hans Peter Tschudi politische Kompetenz und einfachen

Hans Peter Tschudi war aus meiner Sicht in der jüngeren Zeit der wohl erfolgreichste Bundesrat.

Lebensstil personifizierte, verschaffte ihm das für einen Politiker wichtigste Vertrauenskapital: Glaubwürdigkeit.

Mit 60 trat er als Bundesrat zurück und wurde Professor an der Universität Basel. Man nannte ihn noch lange den «AHV-Tschudi». Ein liebevolles Kompliment an einen grossen Politiker.

*Helmut Hubacher
ehemaliger Parteipräsident
und alt Nationalrat*

Alles Gute, Sandra!

Die Gelegenheit, mich bei Sandra für ihre als Parteisekretärin geleistete Arbeit auf diesem Weg bedanken zu können, ergreife ich gerne. Dass der Anlass dazu ihre Kündigung ist, bedaure ich jedoch sehr. Denn nach gut zwei Jahren im Seki weiss Sandra, wie die Partei funktioniert, wie ihre Mitglieder «ticken», und sie hat sich ein gut funktionierendes Netzwerk



Aktion Nationalratswahlen 2011

aufbauen können. Ihr Wissen und ihr Engagement waren für uns von grossem Wert und im Bereich des Social Media und der Kommunikation hat sie neue Standards gesetzt. Wir verlangen viel von unseren ParteisekretärInnen, ihr Engagement geht weit über einen 0815-Job hinaus und die Partei ist auf ein gut laufendes Sekretariat, das die Übersicht behält, angewiesen. Diesen Einsatz hat Sandra stets gezeigt und ich möchte mich herzlich dafür bei ihr bedanken. Für ihre neue Herausforderung bei der Staatskanzlei in der Abteilung Kommunikation wünschen wir ihr alles Gute!

Michela Seggiani, Vize-Präsidentin SP Basel-Stadt

WAHLEN ZIVILKREISGERICHT BASELLAND WEST

In den Bezirken Arlesheim und Laufenal kommt es am 24. November zu einer Wahl ins Zivilkreisgericht. Zu wählen sind 12 nebenamtliche Richter und Richterinnen. Die SP hat dafür 6 kompetente und profilierte Persönlichkeiten aufgestellt:
Sabine Aspiron, bisher
Salman Fesli, bisher
Felix Jehle
Daniel Scheuner
Evelyn Svoboda
Margot Zwicky

Diese Namen auf alle Listen!

Mehr Mitsprache für MigrantInnen

Menschen, die ohne Schweizer Pass in unserem Land leben und arbeiten, zahlen Steuern, entrichten für unsere Sozialversicherungen Beiträge und kommen allen Pflichten wie die übrige Bevölkerung nach. Deshalb sollen sie als mündige Bürgerinnen und Bürger auch politisch Verantwortung übernehmen können und ihre gesellschaftspolitischen Rechte realisieren.

In diesem Sinne stimmten die Delegierten am SP-Parteitag in Lugano vom 8./9. September 2012 für die Gründung der «SP MigrantInnen». Diese soll nach einer Aufbauphase dieselben statutarischen Kompetenzen und Pflichten wie die Juso und die SP Frauen erhalten und parteiintern wie gegen aussen die Anliegen von MigrantInnen vertreten. Inzwischen hat sich der Vorstand der SP MigrantInnen auf schweizerischer Ebene konstituiert und einige politische Schwerpunkte gesetzt. Diese wurden im Juni 2013 auch der Koordinationskonferenz der SP Schweiz vorgestellt.

Mitmachen und Verantwortung übernehmen
Mitreden und mitgestalten können MigrantInnen ohne Schweizer Pass in unseren Gewerkschaften – namentlich in der Unia. Auch in den Gemeinden gibt es politische Mitwirkungsmöglichkeiten, und zwar nicht allein in jenen mit Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen. Auch in den anderen können sie gleichberechtigt in beratenden Kommissionen für Jugend, Quartier und Kultur mitentscheiden oder beratend in Schulpflege und anderen Kommissionen.

Dieses Ziel vor Augen, hat die SP MigrantInnen die Kampagne «Stärkung der politischen Mitwirkung von Personen ohne Schweizer Pass in Gemeindekommissionen» lanciert. Denn auch MigrantInnen ohne Schweizer Pass sind von Gemeindeentscheiden direkt betroffen, in den zuständigen Gremien aber oft unterrepräsentiert. Das will die Kampagne ändern.

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 29. Juni 2013 in Freiburg rief die Kantonalparteien und lokalen SP-Sektionen dazu auf, diese Kampagne tatkräftig zu unterstützen und gezielt MigrantInnen mit oder ohne Schweizer Pass für die Wahl in die geeigneten Gemeindekommissionen zu nominieren. Zudem sollen sie attraktive Beispiele und positive Erfahrungen offensiv kommunizieren.

Für ein soziales und solidarisches Europa

Das globale Kapital ist europa- und weltweit sehr gut vernetzt und sorgt mit allen Mitteln dafür, seine Privilegien und Finanzmacht zu

legitimieren und langfristig zu festigen. Die Folgen dieser Politik sind überall spürbar. Daher ist es wichtig, dass wir uns an den sozialen Kämpfen europa- und weltweit beteiligen, die sich der neoliberalen Politik entgegenstellen.

Ein Element dieses solidarischen Engagements bilden die Wahlen zum Europäischen Parlament vom Mai 2014. In der Schweiz lebt eine grosse Diaspora von EU-BürgerInnen. Diese birgt ein grosses Potenzial. Die stimmberechtigten Personen dieser Diaspora sollen sensibilisiert und mobilisiert werden, damit auch sie an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen und ihre Stimme für ein soziales Europa abgeben.



der SP Europa und des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu unterstützen und so die Weichen für ein soziales und solidarisches Europa zu stellen.

Damit wir dieses Ziel erreichen, soll die SP die Mitgliedschaft bei der SP MigrantInnen fördern, welche die Diaspora für mehr politische Mitwirkung und mehr soziale Gerechtigkeit bei uns und in den Herkunftsländern mobilisiert. Daraus ergeben sich viele Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung. Ein wichtiger Schritt wäre die Einführung der Doppelmitgliedschaft bei der SP Schweiz und den Schweizer Sektionen der jeweiligen Diaspora, die sozialdemokratische Grundwerte vertreten.



Osman Osmani
Grossstadtrat und Altkantonsrat SH

KNALLROT

Yvonne Feri
Nationalrätin AG und Präsidentin
der SP Frauen Schweiz



Nein zur SVP-Familieninitiative

Die Initiative fordert, dass Familien, die ihre Kinder zu Hause betreuen, diese Betreuung von den Steuern abziehen können, wie dies bei der Fremdbetreuung der Fall ist. Was auf den ersten Blick verlockend, demokratisch und fair erscheinen mag, ist in Realität nicht mehr als ein Steuergeschenk für wenige SteuerzahlerInnen. Da es sich um Abzüge handelt, profitieren selbstredend nicht arme Familien, umso mehr jedoch Familien mit höheren Einkommen. Die Initiative ist zudem ein Steilpass für die Forderung «Frauen zurück an den Herd». Wer die Kinder selbst betreut, was zeitintensiv ist, wird mit Steuerentlastungen belohnt. Das beschert den Kantonen ein riesiges Loch auf der Einnahmenseite. Gleichzeitig entstehen auch Steuer ausfälle, weil jene Personen, die zu Hause ihre Kinder betreuen, nicht arbeitstätig sind. Das ist Umverteilung von unten nach oben.

Die andere wichtige Initiative des kommenden Abstimmungssonntags will hingegen genau das Umgekehrte, nämlich die Umverteilung von oben nach unten. 1:12 ist eine Initiative für mehr Transparenz in der Lohnfrage. Oft wird kritisiert, dass die Veröffentlichung von Löhnen einen Eingriff in die Privatsphäre darstelle. Die SP-Frauen sind aber der Überzeugung, dass wir einen echten Dialog über die Lohnstrukturen in der Schweiz führen müssen. Das heisst nicht, dass jede und jeder seinen Lohn offenlegen muss. Aber es heisst, dass jedes Unternehmen die ausgezahlten Löhne von einer externen Kontrollbehörde auf Ungerechtigkeiten hin überprüfen lassen muss. Das kommt allen Arbeitnehmenden zugute, denn jede und jeder hat das Anrecht auf einen fairen Lohn, unabhängig vom Geschlecht. Der Lohngleichheitsdialog muss deshalb verpflichtend werden und die Bevölkerung muss für die ungerechten Lohnsysteme sensibilisiert werden. Die 1:12-Initiative ist hier ein Anfang. Man muss sich aber bewusst sein, dass es nicht nur um die Lohndifferenzen zwischen Banker und Putzfrau geht, sondern auch darum, dass der Banker oft ein Mann und die Putzfrau eine Frau ist. Lohnungleichheiten in der Schweiz zeigen nicht nur die Lohnschere zwischen Arm und Reich, sondern eben auch die zwischen Mann und Frau. Lohnsysteme sind nicht nur eng verwoben mit dem Faktor «Klasse», sondern eben auch mit dem Faktor «Geschlecht».

«Ohne die SP stünde es nicht

Nach einer über dreissigjährigen Politikkarriere hat Hans-Jürg Fehr diesen Sommer der aktiven Politik den Rücken gekehrt. Mit «links» sprach er über die Errungenschaften der SP, seine grössten Erfolge und Niederlagen, den «Wohlfühl-Club» der SP-Fraktion und seine persönlichen Pläne für die Zukunft. Interview: Lisa Schädel

«links»: Hans-Jürg, du bist nach über 30 Jahren in der Politik diesen Sommer aus dem Nationalrat zurückgetreten. In was hast du in dieser Zeit am meisten Herzblut gesteckt?

Hans-Jürg Fehr: Ich sage jetzt vielleicht etwas Unerwartetes, aber ich sage es trotzdem. Sehr viel Herzblut habe ich darin investiert, dass jetzt in Olten ein Denkmal in Erinnerung an den Generalstreik von 1918 steht. Meines Erachtens war der Generalstreik das wichtigste historische Ereignis in der Schweiz des 20. Jahrhunderts, vor allem auch das für die Bevölkerung folgenreichste.

Wenn wir schon beim Historischen sind: Die SP feiert dieses Jahr ihr 125-jähriges Jubiläum. Wie sähe die Schweiz heute aus, hätte es die SP nicht gegeben?

Dann stünde es nicht gut um die Schweiz. Ich glaube, dass die Sozialdemokratie einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet hat und vor allem in der Nachkriegszeit grosse Erfolge erzielen konnte – beispielsweise die Einführung der AHV und des Frauenstimmrechts. Wir haben den Sozialstaat in der Schweiz auf- und ausgebaut und das Patriarchat abgeschafft. Die Geschlechterbeziehungen sind heute vollständig anders als vor 40 Jahren, und das stellt wahrscheinlich die wichtigste gesellschaftliche Veränderung überhaupt dar. Auch im Bereich Ökologie war es die SP, die nebst den Grünen realisiert hat, dass man diese Themen zuoberst auf die politische Tagesordnung setzen muss. Ich glaube, dass vieles von dem, was die Schweizerinnen und Schweizer heute stolz macht auf ihr Land, sozialdemokratischer Herkunft ist. Ich würde sagen, wir dürfen auf einen beeindruckenden Leistungsausweis in diesen 125 Jahren zurückblicken.

HANS-JÜRIG FEHR

Hans-Jürg Fehr (Jg. 1948) ist ehemaliger Parteipräsident der SP Schweiz (2004-2008) und blickt auf eine über 30-jährige politische Karriere zurück. Diesen Sommer ist er nach vierzehn Jahren als Nationalrat zurückgetreten. Zuvor war er Präsident der SP Schaffhausen Stadt und sass für die SP im Schaffhauser Stadt- und Kantonsparlament. Seit 2008 ist er ausserdem Präsident von Solidar Suisse, eine Funktion, die er weiterhin ausüben wird.

Zurück in die jüngere Vergangenheit: Welches waren aus deiner Sicht die drei bedeutendsten politischen Ereignisse der letzten fünfzehn Jahre, in deiner Zeit als Nationalrat also?

Da gehört sicher die Europapolitik dazu. In diese fünfzehn Jahre fallen die gesamten Abstimmungen über die bilateralen Verträge, also die Integration der Schweizer Wirtschaft in den europäischen Binnenmarkt und die damit verbundene Teilintegration der Schweiz in die Europäische Union. Das ist von allergrösster Bedeutung gewesen, wirtschaftlich und politisch. Zweitens ist es uns gelungen, den Sozialstaat Schweiz im Grossen und Ganzen zu retten vor den neoliberalen Abbruchversuchen. Es gab zwar Einbussen und Verschlechterungen, zum Beispiel bei der IV oder der Arbeitslosenversicherung, aber es gab auch Verbesserungen, wie die Einführung der Mutterschaftsversicherung, und Besitzstandswahrung wie beim Rentenalter. Ich würde also sagen, dass wir die Leistungen des Sozialstaates insgesamt erhalten konnten. Das ist in einer Zeit, in der die Weichen sonst überall auf Sozialabbau gestellt wurden, eine grosse politische Leistung. Das dritte bedeutende Ereignis ist der Atomausstieg. Das verdanken wir zwar mindestens so sehr dem GAU von Fukushima wie unseren eigenen Anstrengungen, aber wir hatten doch seit langem systematisch auf diesen Atomausstieg hingearbeitet und haben alternative Konzepte entwickelt, die bereit waren, als Fukushima passierte.

Und wie hat sich der politische Stil in dieser Zeit verändert?

Was sich stark zum Negativen verändert hat, ist das Ansehen der Politik und der PolitikerInnen. Das ist die Folge der permanenten Attacken der SVP auf die «Classe politique». Genau jene, die immer das Volk hochjubeln, diffamieren permanent die von diesem Volk gewählten Institutionen. «Classe politique» ist ja ein totales Schimpfwort geworden. Zentrale Pfeiler unserer demokratischen Ordnung wie das Parlament oder das Bundesgericht werden von der Rechten systematisch schlecht geredet. Innerhalb der Fraktion ist es auch zu Veränderungen gekommen, allerdings zu positiven. Als wir 1999 in die Fraktion kamen – wir waren vielleicht zehn, fünfzehn Neue –, haben

wir eine Situation angetroffen, die wir als extrem negativ empfanden, als kalt und gehässig. Es gab Grabenkämpfe und heftige, auch persönliche Konfrontationen; es war uns total unwohl, so unwohl, dass wir einen «Club» gegründet haben, den wir in Anlehnung an den Hedonismus «Hedo» nannten. Wir wollten auch geniessen, ein bisschen Freude am Leben haben. Einmal pro Session sind diese Neugewählten miteinander in den Ausgang gegangen, um ein bisschen Wärme zu spüren, ein bisschen Wohlbefinden in dieser Fraktion, die so garstig war. Wir alle haben dann natürlich unseren Einfluss geltend gemacht, dass sich dieses destruktive Klima ändert, denn wir wollten es eigentlich nicht als kleiner Club nur unter uns gut haben. Und das ist auch so geworden über diese 14 Jahre hinweg.

«Heute ist die gesamte SP-Fraktion fast ein Club von Hedonisten.»

Die Situation von damals ist weit weg. Heute würde man keinen Hedo-Club mehr gründen müssen, heute ist die Fraktion selbst fast ein Hedo-Club.

Was wird dir als dein grösster Erfolg, was als deine grösste Niederlage in Erinnerung bleiben?

Als Parteipräsident hatte ich einen fulminanten Start. Kaum war ich im Amt, kamen die Abstimmungswochenenden im Mai und September 2004 mit der 11. AHV-Revision, dem Steuerpaket und der Mutterschaftsversicherung, die wir gewannen. Das hatte natürlich nicht allzu viel mit mir zu tun, aber es war ein schöner Start. Auf parlamentarischer Ebene sehe ich einen grossen Erfolg darin, dass es uns 2011 gelungen ist, die Ausgaben der Schweiz für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0.5 Prozent des BIP zu erhöhen, in einer Zeit, in der überall sonst gespart und reduziert wurde. Der grosse Tiefpunkt war natürlich die Wahlniederlage von 2007, als die SP massiv Wähleranteile und Sitze verlor. Sie hat sich von dieser Niederlage bisher nicht mehr erholt und keine Wähleranteile mehr zurückgewinnen können. Das war ein schlimmer Moment, der mich dazu bewogen hat, vorzeitig zurückzutreten. Jemand muss in einer solchen Situation zeigen, dass es nicht mehr so weitergehen kann wie bisher, und mit einer symbolischen Handlung die Verantwortung übernehmen, die

gut um die Schweiz »



gleichzeitig auch die Partei aufrütteln sollte. Das kann nur der Präsident tun.

Was wirst du am meisten vermissen an deiner Tätigkeit als Nationalrat?

Es ist wahrscheinlich die Mischung von Leuten und Themen. Ich habe immer sehr geschätzt, dass ich mit einer Gruppe – sei das eine Kommissionsdelegation, eine Arbeitsgruppe oder die Parteileitung – zusammen bestimmte Themen bearbeiten oder noch lieber erarbeiten konnte. Auch über die Sprachgrenze hinweg, das habe ich immer als etwas ganz Spezielles empfunden in Bundesbern. Wir sind wahrscheinlich die beste Kohäsionsanstalt des Landes, weil kaum irgendwo so systematisch, so anhaltend sprachübergreifend zusammengearbeitet wird, innerhalb der Fraktion und über die Fraktionsgrenzen hinweg.

Kürzlich ist das neue SP-Positionspapier zur Medienpolitik erschienen, an dem du massgeblich beteiligt warst. Ein guter Schlusspunkt für dich als ehemaliger Journalist?

Ja, ein passender Schlusspunkt. Als ich Nationalrat wurde, hat mir meine Vorgängerin geraten, ich müsse irgendwo eine politische Nische finden. Niemand warte auf einen in Bern. Es sei ein Haifischbecken und ein Räderwerk, das funktioniere und sich ununterbrochen drehe.

Da müsse man auf irgendeine Art und Weise hineinkommen, selber ein Rädchen werden und zu drehen beginnen. Und weil ich eben zu jener Zeit Journalist und Verleger war und schon lange Medienpolitik gemacht hatte, wurde die Medienpolitik zu meiner Nische und ist es auch geblieben. Ich habe über all die Jahre hinweg das Dossier Medien parlamentarisch betreut und jetzt am Schluss dieses Positionspapier zusammen mit der Arbeitsgruppe Medien der SP erarbeitet und präsentiert. In dem Sinn ist dies tatsächlich ein Kreis, der sich da geschlossen hat.

Inwiefern darf die SP weiterhin auf dein Engagement zählen?

Ich bleibe sicher ein aktives Parteimitglied, aber im Hintergrund, nicht mehr auf der Bühne. Die habe ich jetzt verlassen.

Welche Pläne hast du für deine persönliche Zukunft?

Primär werde ich mehr Freizeit und Privatleben haben. Ausserdem werde ich noch einen anderen Kreis schliessen. Ich werde zurückkehren zu meinem gelernten Beruf als Histo-

riker und die Geschichte meines Heimatdorfes erforschen, eines ganz kleinen, unbedeutenden Dorfs mit 150 Einwohnern. Meine Frau und ich haben auch noch ein anderes Projekt. Wir wollen unseren Lebensmittelpunkt jedes

«Ich glaube, dass vieles von dem, was die SchweizerInnen heute stolz macht auf ihr Land, sozialdemokratischer Herkunft ist.»

Jahr für ein paar Wochen in einen anderen Teil der Welt auslagern, zum Beispiel wie gerade geschehen nach London, später nach Paris oder Berlin, und dort am Alltagsleben teilnehmen.

Was wünschst du der SP für die Zukunft? Für die nächsten 125 Jahre?

Ich wünsche ihr, dass sie weiterhin eine die Gesellschaft prägende und verändernde Kraft bleibt. Das heisst, dass sie selber so stark ist, auch so innovativ politisch, so gut in der Analyse, dass sie einen wesentlichen Einfluss nehmen kann auf die Politik und die Gesellschaft. Dass sie unsere zentralen Werte Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie mit Nachdruck im eigenen Land und ausserhalb voranbringen kann.

Schutz vor pädosexueller Gewalt

Pädosexuelle Übergriffe sind besonders schwere Verbrechen, weil sie sich gegen Kinder richten und diese nachhaltig, oft für das ganze Leben verletzen und beeinträchtigen. Das bedeutet, dass wir alles unternehmen müssen, um pädosexuelle Handlungen zu verhindern. Die «Pädophilen-Initiative» weist aber erhebliche Mängel auf, die nicht akzeptiert werden können.

Pädosexuelle Übergriffe sind besonders schwere Verbrechen, weil sie sich gegen Kinder richten und diese nachhaltig, oft für das ganze Leben verletzen und beeinträchtigen. Das bedeutet, dass wir alles unternehmen müssen, um pädosexuelle Handlungen zu verhindern. Dazu gehört auch ein Tätigkeitsverbot für verurteilte pädosexuelle Täter. Ein Berufsverbot existiert zwar schon heute im Strafgesetzbuch, aber dieses kann vom Richter nur verhängt werden, wenn die Tat im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit erfolgt ist. Das bedeutet beispielsweise, dass ein Lehrer, der in seiner Freizeit ausserhalb des schulischen Umfelds einen sexuellen Übergriff vorgenommen hat, nicht mit einem Berufsverbot belegt werden kann.

Das ist störend. Das hat auch das Parlament erkannt und die Rechtskommission des Nationalrats hat schon vor einiger Zeit den Entschluss gefasst, dies zu ändern. Gleichzeitig wurde eine Volksinitiative lanciert, die ein Tätigkeitsverbot für verurteilte pädosexuelle Täter fordert.

Leider weist diese Initiative erhebliche Mängel auf, die nicht akzeptiert werden können. Zunächst geht die Initiative zu wenig weit, da sie nur Sexualdelikte erfasst. Es ist zwar richtig, dass derjenige, der Sexualdelikte gegen Kinder vornimmt, ein Tätigkeitsverbot erhält. Aber warum sollte das nicht auch für denjenigen gelten, der Kinder zum Beispiel ohne sexuelle Motive körperlich misshandelt und schwer verletzt?

Ein zweiter sehr gravierender Mangel der Initiative ist der Umstand, dass sie die so genannte Jugendliebe nicht ausnimmt. Wenn ein 19-Jähriger eine einvernehmliche, auf Gegenseitigkeit beruhende Beziehung mit einer 15-Jährigen unterhält, so verstösst

er gegen das Gesetz. Aber ist er ein Pädosexueller, der mit einem Berufsverbot belegt werden muss? Wohl kaum. Die Initiative aber sieht zwingend bei allen Sexualdelikten gegenüber Kindern und abhängigen Personen ein lebenslangliches Berufsverbot vor, ohne dass der Richter den konkreten Fall würdigen könnte. Der 19-Jährige dürfte also für den Rest seines Lebens weder als Lehrer noch als Pfadiführer, Kinderarzt oder Kripfenleiter tätig sein.

Ich habe deshalb, als die Initiative noch in der Projektphase war, das Gespräch mit der Vorsitzenden des Initiativkomitees gesucht und sie gebeten, diese Mängel zu beheben. Sie hat das zur Kenntnis genommen, aber auf Korrektur

Es kann nicht sein, dass Unrecht mit neuem Unrecht bekämpft wird.»

ren mit dem Hinweis verzichtet, es handle sich beim Beispiel des 19-Jährigen zwar um eine Katastrophe für den betroffenen Jugendlichen, aber nicht um eine Katastrophe für den Rest der Gesellschaft! Diese Haltung erachte ich als menschenverachtend. Es kann nicht sein, dass das Unrecht – eine pädosexuelle Straftat – mit einer Massnahme bekämpft wird, die neues Unrecht schafft!

Es ist deshalb richtig, dass die SP die Initiative ablehnt. Das Departement von Simonetta Sommaruga wird zusammen mit dem Parlament einen indirekten Gegenvorschlag ausarbeiten, der die Ziele der Initiative ohne die erwähnten Mängel erreicht.



Daniel Jositsch
Nationalrat ZH



ambrozio/fotolia.com

ANZEIGE

OIKO CREDIT

Seit 35 Jahren unterstützt Oikocredit benachteiligte Menschen mit fairen Darlehen.

Helfen auch Sie mit, indem Sie Anteilscheine von Oikocredit zeichnen.

Legen Sie Ihr Geld sozial verantwortlich und nachhaltig bei Oikocredit an.

www.oikocredit.ch
044 240 00 62



Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern – die grösste SP-Kantonalpartei mit 7000 Mitgliedern – sucht per 1. April 2014 oder nach Vereinbarung eine/einen

GESCHÄFTSFÜHRENDE PARTEISEKRETÄRIN/ GESCHÄFTSFÜHRENDEN PARTEISEKRETÄR

(80%)

Ihre Aufgaben

- Führung des Sekretariates der SP Kanton Bern mit 5 Angestellten (350 Stellenprozente)
- Zuständig für Planung, Koordination und Umsetzung der politischen Arbeit der Partei
- Unterstützung der thematischen Arbeit von Partei und Grossratsfraktion
- Mitverantwortung für die Kommunikation und Themensetzung der Partei
- Finanzverantwortung und zuständig für die Infrastruktur des Parteisekretariats
- Vernetzung mit politischen AkteurenInnen im Kanton Bern und mit der SP Schweiz

Unsere Anforderungen

- Abgeschlossenes Hochschulstudium oder vergleichbare Ausbildung
- Führungserfahrung und Erfahrung im Projektmanagement
- Erfahrungen in der politischen Kommunikation, in Medienarbeit und Campaigning
- Strategisches Denkvermögen und konzeptionelle Arbeitsweise
- Gewandte schriftliche und mündliche Ausdrucksweise in Deutsch UND Französisch
- SP-Mitglied und vertraut mit der Organisation der Partei
- Profunde EDV-Kenntnisse (Word, Excel, Outlook, Windows, Web-Applikationen)
- Bereitschaft zu flexiblen Arbeitseinsätzen (auch abends und am Wochenende)

Ihre Bewerbung

- Weitere Informationen:
Angelika Neuhaus, Parteisekretärin
SP Kanton Bern, 031 370 07 82
- Vollständiges Bewerbungsdossier bis 21. November 2013 an:
Angelika Neuhaus, SP Kanton Bern,
Bewerbung, Postfach 1096, 3000 Bern 23
oder angelika.neuhaus@spbe.ch



GENOSSEN

Nicole Cornu
Eptingen BL



Zwischen Rot und Weiss

Das hier vorgestellte Buch ist ein echter Blickfang! Typische Symbole der Schweiz wurden in über 100 Illustrationen festgehalten, wecken heimatische Assoziationen und machen uns eine Symbolik bewusst, die wir im Alltag zu deuten gelernt haben.

Der Wiedererkennungseffekt der gewählten Schweiz-Motive ist frappant. Obwohl oftmals nur schematisch wiedergegeben oder als Ausschnitt, ist es dem/der Betrachter/in möglich, die meisten Symbole auf den ersten Blick zu erraten: Von den orangen Schneeräum-Markierungspfählen über den grasgrünen Plastik-Kompostkübel bis zum gelb-schwarzen Leopardmuster des Filmfestivals in Locarno finden sich im Buch «Zwischen Rot und Weiss: Eine farbige Reise durch die Schweiz» sehr vielfältige Motive, denen wir täglich begegnen, oft jedoch ohne sie bewusst wahrzunehmen. Dargestellt werden kulinarische Spezialitäten, regionaltypische Festivitäten, bekannte Marken von Schweizer Unternehmungen sowie Alltagsgegenstände, aber auch geographische und botanische Besonderheiten. Aus allen Sprachregionen der Schweiz finden sich typische Symbole für unser Land. Das Spektrum ist breit und im wahrsten Sinne des Wortes «bunt gemischt», weswegen das Buch einiges an Unterhaltung bietet.

Die von Karin Ichtters entworfenen Illustrationen werden einem hohen künstlerischen Anspruch gerecht und wurden entsprechend den Farbkategorien Rot, Orange, Gelb, Grün, Blau, Rosa, Braun, Schwarz, Grau und Weiss ausgewählt. Die Bilder werden im Anschluss von Hadi Barkat, einem in Algerien geborenen und zurzeit in Kopenhagen lebenden Schweizer (Leiter des herausgebenden Verlagshauses Helvetiq), mit spannenden und teils kuriosen Fakten ergänzt: Wussten Sie zum Beispiel, dass der exakte Rotton der Schweizerfahne erst seit dem 1. Januar 2007 definiert ist und der Pantone-Zahl 485 entspricht? Dass in der französischen Schweiz teilweise der Ausdruck «Nom de Bleu» (anstatt «Nom de Dieu») als Schimpfwort verwendet wird, um den Namen Gottes nicht zu missbrauchen? Dass die Farbe Gelb in Frankreich mit Eifersucht gleichgesetzt wird, in Griechenland jedoch mit Traurigkeit? Dass in den USA für Auswärtsspiele graue Tenis verwendet werden, weil man früher auf den Sportreisen nicht waschen konnte und Flecken auf Grau weniger gut sichtbar sind? Oder dass Weiss technisch gesehen eigentlich gar keine Farbe ist? Diese und andere interessante Fakten sowie farbige Zitate von Berühmtheiten finden sich im Anhang des notabene dreisprachigen Buches, welches uns über unsere selbstverständliche Umwelt nachdenken und schmunzeln lässt. Alles in allem eine erfrischende Portion Patriotismus, welche durch ein Augenzwinkern sympathisch zurechtgerückt wird.

Hinweis: Mit Spannung erwarten dürfen wir auch den nächste Wurf aus dem Hause Helvetiq, der den Titel «Bierwandern Schweiz» tragen und in einem Buch Wanderungen zu Gasthausbrauereien und Restaurants mit Bier aus unabhängigen Brauereien vorstellen wird.



Karin Ichtters und Hadi Barkat
**ZWISCHEN ROT UND WEISS:
EINE FARBIGE REISE DURCH DIE SCHWEIZ**
(dreisprachig, dt, fr, engl), 178 Seiten, ISBN 9782940481033
Verlag: Helvetiq
Erschienen im April 2013

ROTSTICH

Maurer, Kräutersulz & Familieninitiative

«Ueli Maurer kündigt neue Technologie an», titelte «20 Minuten» letzte Woche. Unvermittelt werde ich hellhörig. Ähnlich wäre, wenn die UBS faire Löhne, Santésuisse eine Einheitskasse oder der Papst katholische Priesterinnen ankündigen würden – toll, aber man erwartet es nicht unbedingt. Und im Fall von Maurer hat man sogar ein bisschen Angst. erinnert sich jemand ans «FIS Heer»? Wenn es um neue Technologien geht, ist das VBS erfahrungsgemäss ganz vorne mit dabei.

Natürlich sollen mit dem neuen System Lauschangriffe aus den USA abgewehrt werden. Denn im Weissen Haus will man unbedingt wissen, was der Ueli in «Sweden» so macht. Fürchtet – oder hofft! – zumindest der potenziell Abgehörte. «Obama fragte, wie es mir gehe und ich sagte gut», gab Maurer jüngst am Rande der UNO-Vollversammlung zu Protokoll. Die besonnene Antwort zeigt, welch gewiefter Fuchs unser Bundespräsident ist. So mancher anderer Staatsmann hätte angesichts dieser heimtückischen Fangfrage schon die halben Staatsgeheimnisse ausgeplaudert gehabt. Unvergessen ist Hans-Ruedi Merz, der Gaddafi seinerzeit – nach einem Appenzeller, mit dem sie auf die teuflische USSR II angestossen hatten – um ein Haar die Rezeptur der geheimen Kräutersulz verraten hätte. Oder Martin Bäumle, dem kürzlich in trauriger Runde beinahe die politischen Inhalte seiner Partei rausgerutscht wären.

Dass Bäumle glaubt, Chef einer Partei mit politischem Profil zu sein, ist nicht weiter schlimm. Tragischer ist, dass derzeit viele Stimmberechtigten meinen, die sogenannte «Familieninitiative» der SVP sei tatsächlich im Interesse der Familien. Womit wir dann wieder beim Anfang wären: Manchmal sollte einem allein schon der Absender einer Botschaft misstrauisch machen.

Stefan Krattiger

EIN TAG IM LEBEN VON MERET STOLL,
20 JAHRE, MITGLIED JUSO BASEL-STADT
VORSTANDSMITGLIED SP BOTTMINGEN



Die Freude an der Politik wurde mir wohl in die Wiege gelegt. Bereits als kleines Kind meldete ich mich gerne zu Wort, wenn am Familientisch die Tagesschau diskutiert wurde, und schon seit ich denken kann «plagt» mich ein starker Sinn für Gerechtigkeit. Ich habe Freude an grossen Debatten. In der Familie waren wir uns oft einig. Die Mutter Sozialarbeiterin, der Vater Heilpädagoge, da wird man halt ein Sozialkind. So richtig politisch aktiv wurde ich allerdings als Erste. Nachdem mich ein Freund einmal darauf angesprochen hatte, trat ich mit 16 Jahren der Juso Baselland bei. Heute bin ich Mitglied der Juso Basel-Stadt und im Vorstand der SP Bottmingen. Meine Mutter war von meinem Engagement derart begeistert, dass sie selber gleich beschloss, der SP beizutreten, und kurz darauf auch noch Schulrätin wurde. Noch heute bekomme ich manchmal zu hören, ich hätte ihr das alles eingebrockt. Obwohl, insgeheim wäre sie am liebsten selbst noch Juso-Mitglied. Aber da hat sie ein paar Stunden zu viel auf dem Buckel. Ob ich mir nie überlegt habe, Politik zu studieren? Klar, aber nachdem ich eineinhalb Jahre in einem Integrationskindergarten und in einer Tagesschule für motorisch Behinderte gearbeitet hatte, verwarf ich diese Idee schnell wieder. Soziale Inhalte haben mich schon immer interessiert. Heute studiere ich Psychologie und Erziehungswissenschaften in Bern. Ich investiere viel Zeit in mein Studium. Meistens stehe ich so gegen sechs Uhr morgens auf und fahre dann mit dem Zug von Basel nach Bern. Die Zeit im Zug kann ich gut nutzen, um für die Uni zu arbeiten oder ein wenig zu dösen. Für die Politik musste ich vieles neu lernen. Ich merkte schnell, dass es keinen Sinn macht, wenn ich in einer Diskussion alle Argumente bereits am Anfang verpulvere und dann in der Mitte nichts mehr zu sagen habe. Diese simplen Dinge

verstand ich relativ schnell. Viel mehr zu schaffen machten mir die kleinen Machtkämpfe innerhalb der Partei. Ich war immer der Überzeugung, in der Politik gehe es bloss um die Sache. Rivalitäten ja, aber nur zwischen den Parteien. Mit Ämtlikämpfen innerhalb der Partei habe ich bis heute Mühe. Da eck' ich dann auch mal an, wenn ich sage, wir sollten als Partei geschlossen auftreten. Als junge Frau hat man es hier manchmal besonders schwer. Ich habe schon oft erlebt, dass junge Männer für ihr politisches Engagement gelobt wurden. Bei einer jungen Frau heisst es da viel schneller, schau, die will sich bloss in den Vordergrund stellen. Auch wenn die Politik zuweilen noch eine Männerdomäne ist, macht mir die Arbeit in der SP und der Juso grosse Freude. Ich engagiere mich gerne und empfinde es als grosses Privileg, in unserem System so viel mitbestimmen zu können. Da werde ich dann zuweilen fast wütend, wenn ich von Gleichaltrigen höre, sie würden nicht abstimmen. Ich versuche dann aufzuzeigen, dass es zahlreiche Menschen gibt, die noch heute für ihr Recht auf Mitbestimmung kämpfen. Man muss sich dazu nur einmal die Ereignisse im Arabischen Frühling vor Augen führen! Dieses Argument überzeugt eigentlich die meisten. Nach einem Tag an der Uni bin ich jeweils ziemlich erschöpft. Ich freue mich, wenn ich zuhause noch mit meinen Freunden oder meiner Familie zu Abend essen kann. Auf politische Diskussionen kann ich dann gut auch mal verzichten und treibe stattdessen lieber Sport, am liebsten Schwimmen. Es kann aber durchaus auch vorkommen, dass ich noch ein Podium besuche oder eine Sitzung habe. Zu Bett gehe ich meistens relativ früh, so gegen halb elf. Ich muss ja am nächsten Tag wieder früh raus. Und ich gehöre zu den Menschen, die viel Schlaf brauchen.

Aufgezeichnet von Ladina Triaca

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Liebe SP-Mitglieder,
liebe Interessierte

Die Programme 2014 erscheinen demnächst, hier nur ein kleiner Vorgeschmack!

Falls du politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge verstehen und diskutieren möchtest, findest du bei uns zum Beispiel folgende Weiterbildungen:

- Wie funktioniert unsere Wirtschaft?
- Finanzkrisen, ihre Ursachen und unsere Antworten
- Gute Arbeit – Zukunft der Arbeitswelt
- Migrationspolitik und Migrationsrecht: Fakten, Wertungen, Perspektiven
- Tagung: Erfolgsmodell AHV AHVplus: Für eine starke AHV
- Rentenplanung: Welches Einkommen habe ich im Alter? Oder wie steht es mit Weiterbildungen zum Thema:
- Meine Rechte am Arbeitsplatz Kommunikation, Umgang mit Konflikten
- Stress in Beruf und Alltag
- Berufs- und Lebensgestaltung
- Älter werden im Beruf, Vorbereitung auf die Pensionierung

Oder möchtest du dich weiterbilden als:

- Mitglied einer Vorsorgekommission
 - Mitglied einer Personalvertretung?
- Neu bietet Movendo mehrere Kurse für Vertrauensleute und aktive Gewerkschaftsmitglieder an. Dies und noch vieles mehr bieten wir an in Deutsch und Französisch. Es freut uns, wenn wir dich neugierig gemacht haben. Alle Ausschreibungen sind ab 4.11.2013 auf unserer Homepage aufgeschaltet. Gerne stellen wir dir unsere Broschüren auch zu (031 370 00 70 oder info@movendo.ch).

Dein Movendo-Team

Anmeldung: www.movendo.ch, info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70
Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

VERNISSAGE

Zum Abschluss des Jubiläumsjahrs der SP Schweiz laden wir alle Interessierten zur Vernissage der Jubiläumsschrift «Einig – aber nicht einheitlich» mit anschliessendem Apéro ein. Die Vernissage findet am 26. November im Alpinen Mu-

seum, Helvetiaplatz 4, in Bern statt. Türöffnung ist um 18 Uhr, die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr. Bitte melde dich bis spätestens 8. November an unter 125jahre@spschweiz.ch, da das Platzangebot beschränkt ist.

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70
Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43310 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch

Redaktion

Lisa Schädel (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern),

Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

lisa.schaedel@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21.10.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 2.12.



Tim Guldemann ist schweizerischer Botschafter in Berlin und SP-Mitglied. Er vertritt hier nur seine persönliche Meinung

Die SPD als Merkels Juniorpartner?

Das SPD-Desaster in den Wahlen von 2009 war eine herbe Quittung für vier Jahre grosse Koalition. Jetzt holten die Sozialdemokraten von den damals verlorenen 11 Prozent nicht einmal drei Prozent zurück. Vor vier Jahren behauptete ich in dieser Kolumne, die damalige Niederlage sei eine Chance: Die Oppositionsrolle könne die SPD zu ihrer alten Stärke zurückführen. Dieser Aufbruch fand nicht statt. Hat die SPD diese Chancen vertan? Sie war doch in diesen Jahren so erfolgreich in fast allen Landtagswahlen, in 11 von 14 Wahlen legte sie zu. Der Machtwechsel in vier – mit Hessen vielleicht fünf – der 16 Bundesländer hat ihr Gewicht in der Länderkammer massiv verstärkt.

In den Bundestagswahlen blieb der Erfolg jedoch aus. Zwar hat Kavallerist Steinbrück den Wahlkampf nicht gut beritten, aber entscheidend waren strukturelle Gründe: In der Eurokrise zwangen europapolitische Überzeugungen die SPD, der Kanzlerin alternativlos zu folgen. Gleichzeitig konnte diese gestrotzt die wirtschaftliche Ernte der Reformen von Gerhard Schröder einfahren, von denen sich die SPD sozialpolitisch distanzieren musste. Und dass Merkels Regierung mit der heute ausgeschiedenen FDP gesellschaftspolitisch wenig bewegt hat, von den sozialen Missständen ganz zu schweigen, konnte die SPD nicht ausschlagen: Das Land wollte Ruhe und ein «weiter so» im wirtschaftlichen Erfolg. Die Menschen spüren, dass die Zukunft weniger verspricht als die aktuelle Wohlfühlphase samt Vollbeschäftigung. Die Mehrheit wünscht Stabilität und dafür eine grosse Koalition.

Warum lässt sich die SPD nochmals darauf ein? Darin liegen in der weiteren Perspektive drei Vorteile: Erstens kann die SPD mit ihrem Rückhalt in der Länderkammer der Kanzlerin einen hohen Tarif abverlangen. Zweitens liegt es im Interesse des Kontinents, wenn die europäische Führungsmacht eine entscheidungsfähige Regierung mit sozialer Verantwortung stellt. Und drittens würde die schwarz-grüne Alternative die Grünen verstärkt auf eine grün-liberale Linie wie in Baden-Württemberg bringen, die das Potenzial urbaner postmoderner Wählerschichten bedient. Damit würde sich diese Partei längerfristig als stabiler Machtpartner der CDU/CSU etablieren. Die grosse Koalition hingegen macht in den nächsten Wahlen 2017 die Wende zum links-grünen Gesellschaftsprojekt bedeutend wahrscheinlicher, wenn es der SPD gelingt, die Brücke zur Linken tragfähig zu machen.

JA AM 24. NOVEMBER

1:12

IST GENUG

FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE

